

# Mythos Arbeitsplatzexport oder warum die so genannte Globalisierung vor allem ein Medienereignis ist

von  
Egbert Scheunemann

Stand: 2. Mai 2005

(Leicht überarbeitete 2. Version; die erste Version war die vom 25. April 2005.)

„Deutsche Wirtschaft profitiert von EU-Erweiterung. ZDF liegt DIHK-Umfrage vor: 80.000 neue Arbeitsplätze. Die deutschen Unternehmen ziehen eine überwiegend positive Bilanz nach einem Jahr EU-Erweiterung. Das ergibt eine DIHK-Umfrage, die dem ZDF vorliegt.“<sup>1</sup>

„MITTELSTANDSSTUDIE: Job-Experteure schaffen neue Stellen in Deutschland. Für jeden Arbeitsplatz, den erfolgreiche deutsche Mittelständler im Ausland schaffen, entstehen laut einer Studie der Unternehmensberatung McKinsey fast drei neue Jobs im Inland. Ein weiteres Ergebnis: Der Job-Export in Billiglohnländer ist ökonomisch keineswegs immer sinnvoll.“<sup>2</sup>

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: „Zwar bleibt Deutschland Exportweltmeister – allerdings **vor allem** (!! E.S.) von Arbeitsplätzen. Egal ob Siemens, Hochtief, Bayer oder Linde, investiert wird zurzeit **vor allem** (!! E.S.) jenseits der Grenzen. Immer mehr Arbeitsplätze werden nach Polen, Tschechien, Ungarn oder in die Slowakei verlagert. Wo ein Arbeiter nur ein bis zwei Euro in der Stunde kostet...“<sup>3</sup> usw. usf.

## Fakten gegen die neoliberalen Lügen

Nun könnte man böse sein und zunächst darauf hinweisen, dass man auf die Elaborate von Spatzen und also Spatzenhirnen nicht viel geben sollte. Aber lassen wir einfach ein paar nüchterne Zahlen sprechen: Im Jahre 2003 sind nach Deutschland 27,3 Milliarden Euro MEHR an Direktinvestitionen geflossen als umgekehrt ins Ausland. Und selbst der negative Saldo von 25,2 Milliarden Euro im Jahre 2004 ist eine geradezu lächerliche Größe gemessen am gesamten deutschen Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2178 Milliarden Euro oder auch nur gemessen am Handelsbilanzüberschuss Deutschlands von 155 Milliarden im gleichen Jahr!<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> [www.heute.de/ZDFheute/inhalt/30/0,3672,2292766,00.html](http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/30/0,3672,2292766,00.html), 29. April 2005.

<sup>2</sup> [www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,353937,00.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,353937,00.html), 29. April 2005.

<sup>3</sup> [www.spiegel.de/sptv/thema/0,1518,324761,00.html](http://www.spiegel.de/sptv/thema/0,1518,324761,00.html) Vgl. auch den entsprechenden „Spiegel“-Titel „Deutschland Exportweltmeister (von Arbeitsplätzen)“ (Nr. 44/2004).

<sup>4</sup> Vgl. [www.dihk.de/inhalt/themen/international\\_neu/investitionen/invest.html](http://www.dihk.de/inhalt/themen/international_neu/investitionen/invest.html) und [www.dihk.de/inhalt/download/DI\\_2000\\_bis\\_2003.pdf](http://www.dihk.de/inhalt/download/DI_2000_bis_2003.pdf) zu Daten über Direktinvestitionen (ba-

Das Argument, dass nun aber gemessen an den gesamten deutschen inländischen Bruttoanlageinvestitionen von 377 Milliarden Euro im Jahre 2004 der genannte negative Saldo von 25,2 Milliarden Euro Direktinvestitionen im Ausland doch immerhin 6,6 Prozent ausmacht, ist dabei keines: Was man von den 831 Milliarden Euro, die Deutschland 2004 exportierte, bzw. von den 715 Milliarden Euro, die Deutschland im selben Jahr importierte, als Investitions- oder Konsumgüter definiert, ist nämlich hochgradig willkürlich. Ist ein produzierter PKW ein privates Konsumgut oder ein privates oder öffentliches Investitionsgut? Kauft ihn ein Privatmensch für die private Nutzung, ist er ein privates Konsumgut. Kauft ihn ein Taxiunternehmer, um seinen Fuhrpark zu erweitern, ist er ein privates Investitionsgut. Kauft ihn schließlich die Polizei, stellt er ein öffentliches Investitionsgut dar. Ähnliches gilt etwa für einen PC – im privaten Gebrauch ist er ein Konsumgut, im Geschäftsbüro ein Investitionsgut. Oder denken Sie, liebe Leser, an eine Bohrmaschine in der Hand eines Hobbybastlers oder in der Hand eines Handwerkers, an ein Haus, das für private Wohn- oder Geschäftszwecke gebaut wird oder auch für beides, oder etwa an öffentliche Strassen, die für Urlaubsverkehr genauso genutzt werden wie für Geschäftsverkehr.

Die Produktion von PKWs, Computern, Bohrmaschinen, Häusern oder Strassen schafft also Arbeitsplätze, EGAL, ob man sie als Konsum- oder Investitionsgüter DEKLARIERT – entgegen dem neoklassisch-neoliberalen, angebotstheoretischen Mythos, nach dem die Angebots-, also die Investitionsseite sozusagen Alles ist und die Nachfrage- bzw. Konsumseite entsprechend Nichts. Die genannten Größen – 27 Milliarden Euro Direktinvestitionsüberschuss im Jahre 2003 und ein Minus von 25 Milliarden im Jahre 2004 – sind also in der Tat am gesamten Export-Import-Volumen der BRD zu messen bzw. an ihrem gesamten Bruttosozialprodukt. Gemessen an den gesamten Exporten von 831 Milliarden Euro (2004) wären das gerade mal 3 Prozent, gemessen am Handelsbilanzüberschuss von 155 Milliarden Euro (2004) gerade mal 16 Prozent – und gemessen am Bruttosozialprodukt von fast 2200 Milliarden Euro (2004) läge diese Größe fast im PROMILLBEREICH!

Zu beachten ist auch, dass zu so genannten Direktinvestitionen im Ausland auch und vor allem Firmenbeteiligungen oder –aufkäufe gehören – oder auch nur der Kauf eines Grundstückes oder die Vergabe eines Handelskredites! Was offiziell als DirektINVESTITION *deklariert* wird, hat also in der Regel mit dem Bau wirklich NEUER FABRIKEN und der Schaffung wirklich NEUER ARBEITSPLÄTZE im Ausland nichts zu tun! Es handelt sich IN DER REGEL einfach um bestimmte Formen der Geldanlage bzw. der Markterschließung (davon gleich mehr)!<sup>5</sup>

---

sierend auf Daten der *Deutschen Bundesbank*, die dort zum Download bereitstehen). Zu allgemeinen volkswirtschaftlichen Daten vgl. die Homepage des *Statistischen Bundesamtes*:

[www.destatis.de/themen/d/thm\\_volksw.php](http://www.destatis.de/themen/d/thm_volksw.php)

<sup>5</sup> „Als Direktinvestitionen gelten *Finanzbeziehungen* zu in- und ausländischen Unternehmen, an denen der Investor 10 % oder mehr (bis Ende 1989 25 % oder mehr, von 1990 bis Ende 1998 mehr als 20 %) der *Anteile* oder *Stimmrechte* unmittelbar hält; einschl. Zweigniederlassungen und Betriebsstätten. Bis Ende 1995 umfassen die Direktinvestitionen *Anteile am Kapital* einschl. Rücklagen, Gewinn- und Verlustvorträgen und langfristige *Kredite*. Als Direktinvestitionen gelten auch alle Anlagen in *Grundbesitz*. Ab 1996 werden auch kurzfristige *Finanzkredite* und *Handelskredite* einbezogen. Zudem ändert sich die Definition der Direktinvestitionen dadurch, dass die Aufnahme von *Kredit*en der Direktinvestoren bei Ihren *Töchtern* als *Rückführung* der von Direktinvestoren zur Verfügung gestellten Mittel verbucht wird (Quelle: *Deutsche Bundesbank*, Zahlungsbilanzstatistik März 2005).“

([www.dihk.de/inhalt/themen/international\\_neu/investitionen/invest.html](http://www.dihk.de/inhalt/themen/international_neu/investitionen/invest.html); Hervorhebungen E.S.)

Es ist also übler Schmierjournalismus und ein weiterer Ausdruck der neoliberalen Gleichschaltung der Hirne (vielleicht war ich mit meinem bösen Wort von den „Spatzenhirnen“ eingangs doch nicht so weit von der Wahrheit entfernt...), wenn behauptet wird, dass die deutsche Wirtschaft „vor allem“ Exportweltmeister in Sachen Arbeitsplätze sei oder „vor allem“ im Ausland investiere. Das sind nackte Lügen!

### **Globalisierung als teilweise reales, vor allem aber dramatisch aufgebautes „Faktum“**

Andererseits gilt natürlich: Die Globalisierung ist bis zu einem gewissen Grad ein Faktum. Der weltweite Handel mit Produkten, Dienstleistungen und *vor allem Kapital und Devisen* wächst sehr viel schneller als das Sozialprodukt in den einzelnen Volkswirtschaften. Aber eine genauere Analyse dieses Prozesses offenbart, dass die internationalen Direktinvestitionen in einer Größenordnung von fast 90 Prozent *zwischen den hoch entwickelten Industriestaaten* erfolgen und eben *nicht* oder *kaum* zwischen diesen und so genannten *Billiglohnländern* – oder gar der so genannten Dritten Welt, die in den letzten Jahren sogar massiv vom internationalen Wirtschaftsverkehr *abgekoppelt* worden ist.<sup>6</sup>

### **Motive für Direktinvestitionen**

Die *Motive* für Direktinvestitionen in anderen Ländern sind vielfältiger Natur. Es geht *vor allem* um Markterschließung vor Ort, Vermeidung von Transportkosten, Umgehung von Zollschränken und Unternehmenssteuern oder um die Vermeidung von Devisenkursrisiken. *Lohnkosten* spielen bei Unternehmensverlagerungen selbstverständlich auch eine Rolle – aber in dem Maße immer *weniger*, wie speziell in hochtechnologischen Produktionsbetrieben (Automobil- oder Maschinenbau, Computer- und Mikroelektronikherstellung etc.) die Lohnkosten gemessen an den gesamten Produktionskosten relativ immer mehr an Gewicht verlieren. Beispielsweise machen in der Handy-Produktion die Lohnkosten auf Grund des sehr hohen Technisierungs- und Automatisierungsgrades *nur noch etwa fünf Prozent* der gesamten Produktionskosten aus.<sup>7</sup>

### **Entwicklung der Lohnstückkosten und anderer Standortfaktoren**

Wichtig sind zudem nicht die absoluten Bruttostundenlöhne, sondern wichtig ist allein die Entwicklung der *Lohnstückkosten*, die in der Bundesrepublik auf Grund hoher Produktivitätszuwächse seit langen Jahren sehr viel günstiger verläuft als in fast allen hoch industrialisierten Konkurrenzländern – nicht umsonst ist Deutschland unangefochtener Exportweltmeister. Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Qualität eines internationalen Standortes zählen zudem nicht nur die absoluten Bruttolöhne, sondern es zählen Faktoren wie: Ausbildungsstand, Qualifikation und Motivation der Arbeitskräfte, Anzahl von streik- und krankheitsbedingten Fehltagen, Qualität der Forschungs-, Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur und der staatlichen Verwaltung, Größe des Absatzmarktes, Qualität der Umwelt und des kulturellen Angebots, sozialer Friede durch hohe soziale Absicherung, politische Stabilität etc.

<sup>6</sup> Vgl. als Datengrundlage Fußnote 4.

<sup>7</sup> Vgl. <http://dialog.igmetall.de/Ansicht.73+M5fb4ff5d782.0.html>

Lesen wir zum Thema Lohnstückkosten die Ergebnisse der *Bundestags-Enquete-Kommission* „Globalisierung der Weltwirtschaft“: „Die reine Fixierung auf die Lohnstückkosten könnte zu dem Gedanken verführen, bei gegebener Produktivität müssten nur die Arbeitskosten sinken, um günstigere Lohnstückkosten zu erhalten und international wettbewerbsfähiger zu werden. Beide Größen können jedoch nicht unabhängig voneinander gesehen werden. Vielmehr beeinflusst die Lohnhöhe die Produktivität und umgekehrt. Steigende Löhne lösen in Unternehmen Rationalisierungsinvestitionen aus und treiben damit die Produktivität an. Zum anderen stützt sich die Finanzierung der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungen stark auf die Lohneinkommen. Steigenden Löhnen kommt damit eine wichtige Rolle bei der Finanzierung der Infrastruktur zu, z.B. im Sinne einer breiten Bildungsbeteiligung.

Abgesehen von diesen methodischen Schwierigkeiten vermitteln die vorliegenden *internationalen Lohnstückkostenvergleiche keinesfalls* den Eindruck, dass die deutsche Wirtschaft in den letzten zwanzig Jahren systematisch und lohnkostenbedingt an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt hat. Der Vergleich von vier großen Industrieländern zeigt, dass die Lohnstückkosten im Jahresvergleich 1980/2000 nur in Frankreich weniger stark anstiegen als in Deutschland. In den USA und in Japan nahmen sie dagegen deutlich stärker zu.“<sup>8</sup> Das ist sozusagen die amtliche Feststellung der Realität – ein Schlag ins Gesicht der neoliberalen Lügner!

### **Vom Arbeitsplatzexport zur Rückverlagerung von Produktionsbetrieben**

Die (zu-)viel zitierte Globalisierung ist, wie gesagt, zu einem gewissen Grad ein nicht zu leugnendes Faktum. Sie wird aber genau von jenen politischen und sozialen Kräften (Parteien, Wirtschaft, Medien, Mainstream-Wirtschaftswissenschaft) aufgebauscht und instrumentalisiert, die auch für die Durchsetzung der Herrschaft der neoliberalen Ideologie insgesamt verantwortlich zeichnen. Keine Lohn- oder Sozialleistungskürzung erfolgt ohne Verweis dieser interessierten Kräfte auf die vermeintlich omnipotente Globalisierung, auf die vermeintliche Notwendigkeit der „Wiedererlangung“ der internationalen Wettbewerbsfähigkeit – im Lande des langjährigen Exportweltmeisters!

Selbst viele sonst sehr nüchtern kalkulierende Manager und Unternehmen sind in den 1990er Jahren und bis in die Gegenwart einer gewissen Globalisierungshysterie verfallen. Viele dem Zeitgeist geschuldete internationale Engagements und Firmenfusionen erwiesen sich schnell als Verlustgeschäfte – man denke nur an das Fiasko, das Daimler-Benz mit seinen internationalen Beteiligungen und Aufkäufen erlitt (Chrysler, Mitsubishi etc.). Rückverlagerungen von Produktionsstätten oder finanzielle Disengagements sind seitdem vermehrt zu beobachten. Nehmen wir auch hier einfach die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Studie zur Kenntnis: „Das Verhältnis von Rückverlagerungen zu Outsourcing-Aktivitäten hat sich seit 1997 kontinuierlich von 1:6,5 auf 1:3 im Jahr 2001 verschoben. In der Automobilzuliefererindustrie kommt auf zwei verlagernde Firmen schon eine, welche die Produktion aus dem Ausland wieder zurückholt.“<sup>9</sup>

---

<sup>8</sup> [www.bundestag.de/gremien/welt/glob\\_end/4\\_2\\_1\\_2.html](http://www.bundestag.de/gremien/welt/glob_end/4_2_1_2.html), Hervorhebungen E.S.

<sup>9</sup> *Stefanie Becherl/Gertraud Cellarius*: Outsourcing bietet Chancen für die Entwicklung von wettbewerbsstarken europäischen Firmen, in: „ifo Schnelldienst“, Nr. 7/2004, S. 9.

## Die Lüge von der „Basarökonomie“

*Hans-Werner Sinn*, einer der übelsten Einpeitscher<sup>10</sup> der neoliberalen Ideologie, behauptete medienwirksam, Deutschland sei zwar Exportweltmeister, aber nur noch im Sinne einer „Basarökonomie“: Im Ausland billig hergestellte Produktteile und Halbfertigprodukte würden nur noch in Deutschland zusammenmontiert und dann verkauft werden – der Großteil der *Wertschöpfung* und damit der *Beschäftigung* erfolge also im Ausland.

Auch das ist eine Lüge. Lesen wir die nüchternen Zahlen aus einer Studie des *Bundesministeriums der Finanzen*:

„In den Input-Output-Tabellen des Statistischen Bundesamtes werden u. a. für elf aggregierte Gütergruppen die Gesamtexporte, die Exporte aus inländischer Produktion und die exportinduzierte Wertschöpfung berechnet...

Folgendes wird deutlich:

- Der Anteil der exportinduzierten Wertschöpfung an den Exporten aus inländischer Produktion hat sich (wegen *steigender Vorleistungsimporte*) zwar von 77,5 % im Jahr 1990 auf 70,5 % im Jahr 2000 verringert.
- Gleichzeitig sind aber die Exporte aus inländischer Produktion um 64,1 % angewachsen.
- Damit war verbunden, dass auch die Wertschöpfung aus den Exporten stark angestiegen ist, nämlich um 49,2 %.
- Diese Zunahme war deutlich *stärker* als das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung (+ 34,1 %...).

Damit haben die Exporte *überdurchschnittlich* zur Wertschöpfung beigetragen. Es zeigt sich also ein positiver Mengeneffekt: Durch die hohe Exportdynamik wurde die *Verringerung* der spezifischen *Wertschöpfung* je exportierten Euro *überkompensiert*...

Im Ergebnis hat sich der Anteil der exportinduzierten Wertschöpfung an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung von 19,8 % im Jahr 1991 auf 22,0 % im Jahr 2000 *erhöht*...

Mit anderen Worten: Gut *ein Fünftel* der inländischen Wertschöpfung und damit der Arbeitsplätze beruht auf den Exporten. Dabei ist längerfristig eine steigende Tendenz zu beobachten. Dies bedeutet nichts anderes, als dass Deutschland die verstärkte internationale Arbeitsteilung **EINSCHLIESSLICH DER PRODUKTIONSVERLAGERUNGEN UND DES VORLEISTUNGSIMPORTS** nutzt, um inländische **ARBEITSPLÄTZE ZU SICHERN** bzw. im Prozess des Strukturwandels **NEUE ZU SCHAFFEN**.<sup>11</sup> So sieht die amtliche Realität jenseits der neoliberalen Lügen aus!

<sup>10</sup> *Sinn* fordert etwa Lohnkürzungen im niedrig qualifizierten und also so und so schon extrem niedrig bezahlten Lohnsegment „um ein Drittel“! (zitiert nach *Peter Bofinger*: Wir sind besser, als wir glauben, München 2005, S. 177).

<sup>11</sup> Monatsbericht Nr. 08/2004 des *Bundesministeriums der Finanzen*, S. 62 f., Hervorhebungen E.S.

([www.bundesfinanzministerium.de/cln\\_03/nn\\_3790/DE/Service/Downloads/Abt\\_\\_I/Monatsbericht/26024\\_\\_2,templateId=raw,property=publicationFile.pdf](http://www.bundesfinanzministerium.de/cln_03/nn_3790/DE/Service/Downloads/Abt__I/Monatsbericht/26024__2,templateId=raw,property=publicationFile.pdf))

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt übrigens die Studie von *Gustav Horn/Stefanie Behncke*: Deutschland ist keine Basarökonomie, Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 40/2004.

## Die Lüge von der Unmöglichkeit nationaler Wirtschaftspolitik im Zeitalter der Globalisierung

Ich bestreite also, dass der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik auf Grund der wirtschaftlichen Globalisierung oder der Europäischen Integration die Hände gebunden sind. Kein internationales oder europäisches Vertragswerk schreibt Deutschland vor, etwa den Spitzensteuersatz nur senken und nicht auch erhöhen zu dürfen. Nichts hindert Deutschland daran, eine gesetzliche Mindestrente einzuführen oder etwa einen gesetzlichen Mindestlohn – wie in vielen europäischen Ländern schon der Fall. Selbst die Forderungen des Europäischen Stabilitätspakts könnten auf hochgradig sozial- und konjunkturverträgliche Weise erfüllt werden – wenn etwa staatliche Haushaltsdefizite durch Steuererhöhungen für das obere Einkommensdrittel ausgeglichen werden statt mit Ausgabenkürzungen im sozialen Bereich.

Deutschland ist in europäischer, ja selbst in internationaler, globaler Perspektive eine ökonomische Großmacht. Deutschland könnte diese Macht auf der europäischen und internationalen Bühne (Weltbank, Internationaler Währungsfonds, WTO etc.) nicht nur wie bisher im Sinne der Durchsetzung einer neoliberal-angebotsorientierten Weltwirtschaftspolitik einsetzen, sondern auch als Vorreiter zugunsten einer ebenso sozial gerechten wie wachstumsförderlichen Nachfragepolitik.

Selbst ein wirtschaftspolitischer *Alleingang* Deutschlands ohne Nachahmer wäre ohne Gefahr machbar – den entsprechenden politischen Willen vorausgesetzt. Denn die wirtschaftspolitischen Verteilungsspielräume in Deutschland sind gewaltig! Bei der *Sozialabgabenquote* liegt Deutschland im Vergleich mit allen anderen EU-Ländern zwar an der Spitze (mit 18,5 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt): „Ganz anders ist es mit der *Steuerquote*. Hier befindet sich Deutschland mit 22,3 % bei den alten EU-Ländern ganz am Ende, nur noch in Japan und den Vereinigten Staaten werden vom Staat noch geringere Steuereinnahmen relativ zum Bruttoinlandsprodukt erzielt. Im Durchschnitt der EU-15-Länder liegt die Steuerquote bei 26,5 %...“

(D)ie Steuereinnahmen werden seit Jahren mehr und mehr über die Lohnsteuer und die indirekten Steuern (z.B. Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer) bestritten. Ihr Anteil am Steueraufkommen hat sich von 69 % im Jahr 1970 auf 85 % im Jahr 2003 erhöht. Der Beitrag der Unternehmen und der Selbstständigen zur Finanzierung öffentlicher Leistungen hat sich dementsprechend von 31 % auf 15 % merklich vermindert.

Im Vergleich mit anderen Ländern sieht man dabei außerdem, dass auch die Besteuerung der Vermögen in Deutschland ungewöhnlich niedrig ist. Während im Jahr 2001 in den OECD-Ländern rund 5,4 % der Steuereinnahmen aus dieser Quelle stammen, in den USA sogar 10,6%, sind es in Deutschland nur 2,3 %.<sup>12</sup>

Also nochmals: Die Verteilungsspielräume in Deutschland sind gewaltig! Selbst eine – konjunkturell absolut notwendige – massive Umverteilung von oben nach unten (durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes, der Unternehmenssteuern, der Wiedereinführung der Vermögenssteuer etc.) müsste also keineswegs zu einer massiven Kapitalflucht führen – auch dänische oder schwedische Unternehmen und Unternehmer flüchteten und flüchteten nicht in Heerscharen nach Polen oder Tschechien, nur weil in Dänemark und Schweden die Steuer- und Staatsquoten WEIT höher sind als in diesen Ländern (und auch weit höher als in Deutschland)!

---

<sup>12</sup> Peter Bofinger: Wir sind besser, als wir glauben, München 2005, S. 44.

## Mythos Kapitalflucht im Falle einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik

Die Gefahr einer Kapitalflucht im Falle des Versuchs, in Deutschland eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik massiver Umverteilungen von oben nach unten durchzuführen, ist also schon so gesehen extrem gering. Die Verteilungsspielräume sind in Deutschland zudem nicht nur in finanziell-steuerlicher Hinsicht gewaltig: Deutschland schneidet im internationalen Vergleich, wie schon gesagt, auch bei vielen anderen wichtigen Standortfaktoren (Qualifikationsstand der Arbeitskräfte, Streiktage, Krankenstände, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, Forschungs- und Bildungssystem, Effizienz staatlicher Verwaltung, kulturelles Angebot, ökologische Lebensqualität etc.) ganz hervorragend ab. Einen STANDORT, der es IN DER SUMME SEINER QUALITÄTEN der deutschen Wirtschaft ermöglicht hat, EXPORTWELTMEISTER zu werden, gibt man vernünftigerweise nicht so schnell auf.

Zudem würde die Verwirklichung einer massiven Umverteilung von oben nach unten einen massiven *Nachfrage-* und *Auftragsschub* zur Folge haben (weil die Konsumquote im unteren Einkommenssegment weit höher ist als im oberen), vor dem vernünftige Unternehmer kaum davonlaufen werden.

Die schrittweise Umstellung der Finanzierung der sozialen Systeme weg von den Löhnen und hin zu einer *allgemeinen Steuerfinanzierung* (ohne jede Versicherungspflicht- oder Beitragsbemessungsgrenze bezüglich ALLER Einkommensarten, aber bei Existenz von sozialen Leistungshöchstgrenzen!)<sup>13</sup> würde vor allem im unteren Drittel der Lohnhierarchie die Bruttolöhne in erheblichem Maße von Sozialabgaben entlasten und damit ein zusätzliches Nachfragepotenzial, steigenden Absatz, steigende Produktion, mehr Beschäftigung und insgesamt also mehr Möglichkeiten schaffen, wirtschaftliche Gewinne zu realisieren – wieder kein Grund für das Kapital, das Land zu verlassen.

Schon im gegebenen internationalen Rahmen ist nationalstaatliche Wirtschaftspolitik im Sinne einer massiven Umverteilung von oben nach unten also gefahrlos möglich und machbar – einen entsprechenden politischen Willen natürlich wieder vorausgesetzt. Zudem stehen viele politische Instrumente zur Verfügung, die flankierend zum Einsatz kommen sollten, um die internationalen Kapitalflüsse sozialverträglich zu steuern:

Die Einführung einer Kapitaltransfersteuer (Tobin-Steuer) würde spekulative und Steuer meidende Kapitalflüsse grundsätzlich erschweren. Und auch eine europaweit (und perspektivisch weltweit) abgestimmte konsequente Durchsetzung des *Lokalitätsprinzips bei der Besteuerung*, eine *Meldepflicht* der Banken bei illegalen, weil nicht versteuerten Kapitaltransfers sowie die schrittweise Durchsetzung von steuerlichen, sozialen und arbeitsrechtlichen *Mindeststandards* (Unternehmensmindeststeuersätze, Mindestlöhne etc.) würde die Gefahr einer Kapitalflucht oder spekulativer Kapitalflüsse in volkswirtschaftlich relevanten Größenordnungen weiter reduzieren.

---

<sup>13</sup> Wenn ALLE Einkommensarten (Löhne, Gewinne, Zins- oder Mieteinnahmen, Erbschaften etc.) zur Finanzierung der sozialen Systeme herangezogen werden würden, und zwar OHNE JEDE Versicherungspflicht- bzw. Beitragsbemessungsgrenze, würden also Einkommensmillionäre sozusagen OHNE ENDE (und nur *prozentual* begrenzt im Maße des Beitragssatzes zur Sozialversicherung) in die sozialen Kassen einzahlen – sie bekämen aber nur Höchstgrenzen sozialer Leistungen (Höchstrente, Höchstsatz beim Arbeitslosengeld etc.). Auf diesem Wege käme es also zu einer massiven Umverteilung von oben nach unten.

## **Von der Einschüchterung der Gewerkschaften zum offenen Kampf gegen Erpressung und Lohndumping**

Wir sehen also: Gemessen an den Daten, Zahlen und Fakten und also der REALITÄT machen deutsche Unternehmen ihre Drohungen, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern, um Lohnsenkungen und Arbeitszeitverlängerungen zu erpressen, in volkswirtschaftlich relevantem Masse NICHT wahr – sie haben nämlich BETRIEBSWIRTSCHAFTLICH betrachtet in der Regel keinerlei vernünftigen Grund dazu! Schlimm ist vor diesem Realitätshintergrund dann natürlich die Tatsache, dass unsere neoliberal gleichgeschalteten Medien wie der Mainstream der so genannten Wirtschaftswissenschaftler sich an diesen Drohgebärden auch noch beteiligen, statt die Menschen über die wahren Sachverhalte aufzuklären. Kein Wunder, dass viele Gewerkschaften vor diesem Drohpotenzial einknickten und sich Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen abpressen ließen (so geschehen bei Daimler, Siemens, VW, Opel, Audi usw. usf.).

Vor dem Hintergrund der hier aufgeführten Fakten möchte ich den Gewerkschaften zurufen: Streikt den nächsten Erpressungsversuch in Grund und Boden – das entsprechende Unternehmen wird MIT AN SICHERHEIT GRENZENDER WAHRSCHEINLICHKEIT nämlich NICHT ins Ausland abwandern! Kündigt die Tarifverträge bei Daimler, Siemens, VW, Opel und Audi (etc.)! Streikt diese Unternehmen in die Knie und besetzt die Betriebshallen, bis ihr die alten (besseren) Tarifverträge und reale (also inflationsbereinigte) *Lohnerhöhungen* und *Arbeitszeitverkürzungen* im Maße des Produktivitätsfortschritts erkämpft habt! Denn auch diese Unternehmen werden GANZ SICHER Deutschland NICHT verlassen – aus, nochmals, BETRIEBSWIRTSCHAFTLICH-ZWECKRATIONALEN Gründen!

---